



Halle (Saale)/Magdeburg, 7. November 2023

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

zunächst möchten wir Ihnen unseren Dank sowie unseren tief empfundenen Respekt aussprechen für die Besonnenheit und Umsicht, mit der Sie die Bundesrepublik Deutschland und deren Interessen in der international extrem angespannten Lage außenpolitisch vertreten. Die internationale Gemeinschaft demokratischer Staaten ist angesichts des völkerrechtswidrigen Überfall Russlands auf die Ukraine sowie durch die jüngsten terroristischen Attacken der Hamas auf Israel in besonderer Weise gefordert: Es braucht Zusammenhalt und eine wirksame Unterstützung der Angegriffenen. Beides kann nur aus einer Position der Stärke heraus erfolgen.

Zumindest um Deutschlands wirtschaftliche Stärke allerdings ist es leider nicht zum Besten gestellt. Insoweit haben wir eine dezidiert andere Auffassung als jene, die Sie persönlich jüngst im Rahmen der Feier zum 125-jährigen Gründungsjubiläum der IHK Potsdam zum Ausdruck gebracht haben. Nur zu gerne würden wir Ihre positive Einschätzung und Ihren sehr optimistischen Ausblick teilen. Dies ist uns jedoch angesichts einer Fülle von Missständen und gravierenden Problemen unmöglich. Eine Auswahl:

Deutschland ist *europäisches Schlusslicht beim wirtschaftlichen Wachstum*. Ohne Wachstum jedoch fehlt es an wirtschaftlicher Stärke. Nötig wäre eine massive Aktivierung der Produktionsfaktoren Arbeit und Realkapital vor allem in der privaten Wirtschaft. Der Staat tritt hier leider als Hemmschuh oder gar als Konkurrent auf: Die Zahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten übertrifft mittlerweile die der Selbständigen. Dies ist eine extrem ungesunde Relation, werden doch so Quellen der Wertschöpfung im Zweifel erstickt statt erschlossen. Statt Ausweitung öffentlicher Beschäftigung bräuhete es eine *gründliche Aufgabenkritik*, denn Ausgaben folgen Aufgaben. *Der Staat MUSS sich auf seine Kernaufgaben besinnen und beschränken*, also eine verlässliche Rahmenordnung schaffen. Nicht mehr!

Die öffentliche Hand erschwert privatwirtschaftliche Prosperität jedoch nicht allein dadurch, dass sie die ohnehin knappe Arbeitskräftebasis über Gebühr selbst beansprucht, sondern sie schränkt wirtschaftlichen Freiraum zudem durch eine nahezu „*ungehemmte*“ Gesetzgebung und die damit verbundene Vorschriftenflut immer weiter ein. Zudem bleibt der Bundesgesetzgeber viel zu oft die entsprechenden Ausführungsverordnungen schuldig und schiebt damit die entsprechende formelle Last den Ländern zu. Werden diese nicht rasch und klärend tätig, ersticken die Kommunen nahezu zwangsläufig unter der Last von Aufgabenzwang und Desorientierung. Das hat mit einem gesunden Föderalismus nichts mehr zu tun, wirksamer Bürokratieabbau kann so niemals gelingen. Angesichts dieses Grundsatzproblems kann auch *Digitalisierung* nicht wirklich helfen, müsste doch *zunächst* entschlossen und konsequent reduziert, vereinfacht und standardisiert werden. Erst *nach* einer solchen *Entschlackung* der Strukturen und Prozesse könnte dann sinnvoll digitalisiert werden!

Angesichts ständig nicht nur zusätzlicher, sondern oft genug auch einander widersprechender Vorschriften kann von verlässlichen Rahmenbedingungen kaum noch die Rede sein. So wird auch nur das geringste Maß an Planungssicherheit für unternehmerisches Agieren zum frommen Wunsch. *Die private Investitionsneigung hat einen historischen Tiefststand erreicht.* Wachstum rückt also in weite Ferne. Auch *die Konsumneigung der Verbraucher* ist angesichts hoher Inflation und unsicherer Rahmenbedingungen *massiv gefallen*, mithin bleiben selbst konjunkturelle Impulse aus.

Ein besonderes Problem stellen die noch immer *viel zu hohen Energiepreise* dar. Strom- und Gaspreisbremse hin, Industriestrompreis her – auch hier ist keine klare Linie erkennbar. Viele Unternehmen, die längst in den Genuss der o. g. „Preisbremsen“ hätten kommen sollen, können bis heute nicht einmal eine einfache BWA vorlegen, da sie wegen der viel zu komplizierten Anwendungsberechnung nicht einmal ihre Preise kalkulieren können. Ob der bevorstehende Winter wieder mild werden wird, vermag niemand zu sagen. Die gut gefüllten Gasspeicher reichen im Zweifel bestenfalls für ein Quartal, können also keinen Unternehmer beruhigen. Was es sowohl grundsätzlich als auch *dringend* braucht, ist eine *Ausweitung des Energieangebots – es muss alles in den Markt, was Beine hat.* Ansonsten wird die Knappheit nicht reduziert werden können, mithin werden die Preise nicht fallen. Es müssen endlich die heimischen Potentiale erschlossen und konsequent genutzt werden, dazu gehört insbesondere Schiefergas!

Die deutsche Energiepolitik muss endlich ihre Widersprüchlichkeiten loswerden: Durch Fracking gewonnenes LNG durch klimaschädlichen Schiffstransport zu importieren, aber am Frackingverbot in Deutschland festzuhalten, erscheint absurd. Aus der Verstromung heimischer Kohle aussteigen, aber Kohlestrom aus kaum klimafreundlicheren osteuropäischen Kohlekraftwerken zu importieren, wirkt scheinheilig. Und technisch ausgereifte und klimafreundliche Atomkraftwerke in Deutschland abzuschalten, um dann Atomstrom aus Frankreich zu importieren, mag verstehen, wer will.

Eine besonders wichtige Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum – gerade als Vorleistung für die so dringend nötigen privaten Investitionen – ist eine leistungsfähige *Infrastruktur* im weitesten Sinne. Und auch da steht es in Deutschland leider nicht zum Besten: Insbesondere was Straßen und Brücken angeht, wird Deutschland seit Jahren auf Verschleiß gefahren: Die öffentlichen Investitionen dort reichen nicht einmal zur Deckung des Ersatzbedarfs! Nur ein Beispiel: Mitunter müssen die Schwerlasttransporte von Rotorblättern für Windkraftanlagen extrem weite Umwege in Kauf nehmen, weil diverse Brücken die Lasten nicht mehr tragen. Unfassbar! Die unzureichende Schieneninfrastruktur ist mitverantwortlich dafür, dass Gütertransporte auf der Schiene unattraktiv und Personenzüge im Fernverkehr unpünktlich sind. Die IT-Infrastruktur ist noch immer nicht voll ausgebaut und im internationalen Vergleich nachgerade peinlich. Die Bildungsinfrastruktur lässt vielfach zu wünschen übrig – und das im „Land der Dichter und Denker“...

Ein weiteres grundsätzliches Problem: *Leistungsbereitschaft wird kaum noch gefördert bzw. belohnt.* Das Lohnabstandsgebot existiert realiter kaum noch. Die Presseberichte über freiwilliges Ausscheiden aus dem Arbeitsleben angesichts großzügiger Alimentierung durch das „Bürgergeld“ häufen sich. Kein Wunder: Ein Mindestlohnempfänger mit Familie erreicht „Bürgergeldniveau“ nur dann, wenn er nicht versäumt, entsprechende Zuschüsse wie Wohngeld etc. zu beantragen; das ist beschämend. Und bei drei Kindern erreicht die Absicherung beim Bürgergeld ein Nettoniveau, das hochgerechnet auf den entsprechenden Bruttogehaltswert bereits in die Nähe des Spitzensteuersatzes (sic!) rückt; das bedeutet – bitte verzeihen Sie die Wortwahl – eine Pervertierung der Sozialen Marktwirtschaft!

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

dies ist lediglich ein Ausschnitt jener Probleme, die unsere Mitgliedsunternehmen in ihrer realen Arbeitswelt tagtäglich wahrnehmen. Einige haben bereits aufgegeben, müssen dies in Kürze tun oder tragen sich zumindest mit dem Gedanken. Manche, etwa in der Industrie, fahren die Produktion herunter, erwägen zumindest temporäre Abschaltungen oder Verlagerungen ins Ausland. Wir sind in ernsthafter Sorge um unseren Wirtschaftsstandort – unserer heimischen der energieintensiven Industrie und den diese umgebenden Mittelstand im mitteldeutschen Kernraum ebenso wie den bundesdeutschen insgesamt. Den vielen politischen Ankündigungen müssen endlich Taten folgen.

Wir appellieren an Sie: Bitte nehmen Sie diese Sorgen ernst und reißen Sie das Ruder herum!

Mit vorzüglicher Hochachtung und herzlichem Dank



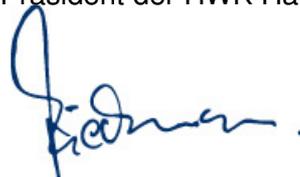
Prof. Dr. Steffen Keitel
Präsident der IHK Halle-Dessau



Thomas Keindorf
Präsident der HWK Halle (Saale)



Klaus Olbricht
Präsident der IHK Magdeburg



Andreas Dieckmann
Präsident der HWK Magdeburg